

Den ökologischen Umbau der Industrie demokratisch und sozial gestalten – ein Auftrag für die Sozialdemokratie der Zukunft

von Christiane Benner¹

Zum Ende des Drei-Stunden Theaterstücks „Der gute Mensch von Sezuan“ von Bertolt Brecht steht in der Schluss-Sequenz ein Schauspieler auf der Bühne und sieht „den Vorhang zu und alle Fragen offen“. Ähnlich ist die Situation nach der Bundestagswahl: Der Vorhang ist gefallen, die Stimmen sind ausgezählt, die Mandate sind vergeben. Klar ist: Die SPD ist nach deutlichen Zugewinnen als stärkste Kraft aus dieser Bundestagswahl hervorgegangen. Offen ist beim Verfassen dieses Beitrags allerdings noch, welche Regierungskonstellation daraus erwächst.

Dennoch ist es zum jetzigen Zeitpunkt bereits möglich, Schlussfolgerungen für die zukünftige Aufstellung der SPD abzuleiten. Es hat sich als richtig erwiesen, dass die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz im Wahlkampf den Schwerpunkt auf die „Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Modernisierung Deutschlands zur weltweit ersten klimaneutralen Industrienation“² gelegt hat. Für die Wahlentscheidung spielte das Thema „Soziale Sicherheit“ mit 28 Prozent die größte Rolle, gefolgt von „Umwelt/Klima“ sowie „Wirtschaft/Arbeit“ (mit je 22 Prozent). Unter den Befragten, für die soziale Sicherheit bei der Wahlentscheidung die größte Rolle spielte, hat die SPD mit 44 Prozent die Nase deutlich vorn³. Die SPD hat also erfolgreich den Respekt vor der Leistung jedes Menschen in den Mittelpunkt gestellt und dabei betont, dass die Arbeit der Menschen hinreichend gewürdigt und bezahlt werden muss. Diese Strategie wurde auch erfolgreich in der SPD-Kampagne zur Bundestagswahl umgesetzt. „Soziale Politik für Dich“ hätte die zuletzt ausgebliebene Mission der Par-

tei auf den Punkt gebracht, bescheinigt der renommierte Werbeprof Jean-Remy von Matt.⁴

Dieses Ergebnis ist ein klares Signal der Wählerinnen und Wähler für eine gestaltungswillige Bundesregierung. Diese muss vor allem mit Zukunftsinvestitionen und schlüssigen Konzepten den Umbau einer klimafreundlichen Industrie mit sicheren und guten Arbeitsplätzen vorantreiben. Olaf Scholz hat selbst noch am Wahlabend betont, dass die Verbindung von Klimaschutz, zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in einer klimafreundlichen Industrie und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Zentrum des Regierungshandelns stehen müssen.

Deutschland muss Industrieland bleiben, und es ist Zeit zu handeln. Und zwar schnell. Wir können uns kein langes Vakuum im Umbruch leisten. Die Beschäftigten brauchen eine stabile Regierung, die für Sicherheit im Wandel und für Investitionen in die Zukunft sorgen kann. Denn der Umbruch, in dem wir uns befinden, ist gewaltig. Es ist das dritte Mega-Projekt nach dem Zweiten Weltkrieg.

In dem ersten Mega-Projekt nach 1945 ging es darum, Deutschland und die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen.

Mega-Projekt Nummer Zwei war die Deutsche Einheit ab 1990. Es ging um die Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse in Ost und West, etwa durch Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur der neuen Bundesländer. Während Straßen und Schienen im Osten weitgehend modernisiert sind, ist zum Beispiel der Prozess zur Angleichung von Einkommen und Arbeitszeiten bis heute nicht abgeschlossen.

1 Christiane Benner ist Zweite Vorsitzende der IG Metall.

2 Olaf Scholz im Interview „Aufbruch und Modernisierung“, <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/aufbruch-und-modernisierung/03/09/2021/>

3 Wahlumfrage von infratest dimap für Das Erste, <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/uvotealbum-1315.html>

4 Jean-Remy von Matt: „Eine Partei setzte gleich auf Niederlage“, Gastbeitrag in „Der Spiegel“ 40/2021 vom 02.10.2021, Seite 34.

Mega-Projekt Nummer Drei ist der aktuelle, grundlegende Umbau unserer Industriegesellschaft. Im Juli 2021 hat die EU-Kommission das Gesetzespaket „Fit for 55“ vorgelegt, um die CO₂-Emissionen in der EU bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, das die Lasten zwischen den Generationen als ungerecht verteilt bewertete⁵, sind die Klimaziele für Deutschland im Juni 2021 noch weiter heraufgesetzt worden. Die Novelle des Klimaschutzgesetzes sieht vor, dass die CO₂-Emissionen bis 2030 um 65 Prozent sinken sollen; bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein.

Dieser ökologische Umbau wird allerdings nur dann gelingen, wenn er sozial und demokratisch abläuft. Es ist nötig, schnell zu handeln und viel Geld in die Hand zu nehmen. Ein großer Teil der notwendigen Investitionen wird aus der Wirtschaft kommen. Allein die Automobilindustrie investiert in den nächsten fünf Jahren über 150 Milliarden Euro in Zukunftstechnologien, vor allem Elektromobilität und Digitalisierung.⁶ Allerdings werden die Kräfte des Marktes und die finanziellen Möglichkeiten der Privatwirtschaft alleine nicht ausreichen.

Das zeigt anschaulich das Beispiel der Stahlindustrie. Damit diese Industrie, die einen unverzichtbaren Grundpfeiler der heimischen Wertschöpfung darstellt, auf Wasserstoff als Reduktionsmittel umstellt, sind rund 30 Milliarden Euro Investitionen bis zum Jahr 2050 notwendig. Dieses Volumen kann die Stahlindustrie aus eigener Kraft nicht stemmen, darin sind sich die IG Metall und die Stahlindustrie einig.⁷ Die IG Metall hat deswegen ein Investitionsprogramm vorgeschlagen. Auch der notwendige Ausbau von Versorgungsnetzen und einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für

Strom und Wasserstoff wird ohne öffentliche Investitionen nicht möglich sein.

Das Volumen der notwendigen Investitionen ist nicht nur bei Stahl gewaltig. In ansonsten ungewohnter Einmütigkeit haben das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung bereits 2019 gemeinsam vorgeschlagen, dass der Staat 10 Jahre lang jährlich 45 Milliarden Euro investieren sollte, mithin ein Gesamtvolumen von mindestens 450 Milliarden Euro. Diese Summe umfasst unter anderem Investitionen in den Ausbau des ÖPNV, der Bahninfrastruktur, der Wasserwege, einen flächendeckenden Breitband-Ausbau, aber auch Zuschüsse zur Dekarbonisierung der Wirtschaft.⁸

IMK und IW verweisen gemeinsam darauf, dass Investitionen in Infrastruktur wie Verkehrsnetze und Energieversorgung nicht nur konjunkturelle Impulse durch die Investition an sich auslösen. Sie tragen ihrerseits dazu bei, dass sich die Effizienz der Privatwirtschaft dadurch erhöht. Schließlich werden dadurch auch weitere privatwirtschaftliche Investitionen angeregt, die ihrerseits wieder beschäftigungswirksam sind.

Weitere konjunkturelle Impulse würden von einer zügigen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro ausgehen. Schätzungsweise zehn Millionen Beschäftigte würden davon profitieren. Da Menschen, die wenig verdienen, empirischen Untersuchungen nach ihr Einkommen sofort weitestgehend in Konsum stecken, wäre eine solche Erhöhung auch unmittelbar nachfragewirksam. Es wäre außerdem ein wichtiger Beitrag dazu, Menschen in Branchen und Berufen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen, in denen es nur schwer möglich ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverträge abzuschließen.

Der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft und das Schließen der Lücke zwischen Arm und Reich sind indes nur zwei der

5 Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18; https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html

6 Hildegard Müller: 2021 entscheidet über die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa; <https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/210126-2021-entscheidet-ber-die-Zukunft-der-Industrie-in-Deutschland-und-Europa.html>

7 Siehe dazu auch: „Stahlindustrie unter Zeitdruck“, Branchenpräsident Kerckhoff und IG Metall-Vorstand Kerner im Doppel-Interview: Stahlstandort Duisburg im Blick, in: Neue Ruhr Zeitung vom 08.10.2021

8 Hubertus Bardt, Sebastian Dullien, Michael Hüther, Katja Rietzler: Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK Report Nr. 152, November 2019; <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-450-milliarden-euro-extra-investitionen-ueber-10-jahre-bringen-grosse-fortschritte-fuer-18613.htm>

Felder, auf denen ein grundlegender Wandel notwendig ist. Wir leben in einer Zeit, in der verschiedene Meta-Themen gleichzeitig wirkmächtig sind und mit Wucht auch die wirtschaftlichen Prozesse grundlegend verändern. Dazu gehören die Internationalisierung, Vielfalt und Diversifizierung, Selbstbestimmung und Teilhabe, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Digitalisierung der Wirtschaft.

Allein am Beispiel der Digitalisierung lassen sich die Effekte von Veränderungen verdeutlichen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat 2021 errechnet, dass inzwischen 34 Prozent aller sozialversicherungspflichtig ausgeübten Berufe in Deutschland ein sogenanntes hohes „Substituierungspotential“ aufweisen.⁹ Dies ist gegeben, wenn 70 bis 100 Prozent der dort typischerweise zu erledigenden Tätigkeiten auch von Computern oder computergesteuerten Maschinen übernommen werden können.

Die 11,34 Millionen Arbeitsplätze, um die es geht, werden jedoch binnen kurzer Zeit weder entfallen noch ist gesichert, ob ein Teil von ihnen überhaupt durch Automatisierung ersetzt wird. Doch sie sind potentiell gefährdet. Neben einer zeitgemäßen schulischen, beruflichen und universitären Bildung wollen wir durch möglichst frühzeitige Weiterbildung konkrete Perspektiven für Beschäftigte schaffen, deren heutige Arbeitsplätze im Zuge der Digitalisierung oder der Anwendung von „Künstlicher Intelligenz“ entfallen oder sich grundlegend verändern.

Damit möglichst viele Beschäftigte auch mittel- und langfristig eine Arbeitsplatzperspektive haben, sind Weiterbildung und Qualifizierung ausschlaggebend. In Anbetracht der Umbrüche ist es nötig, dass möglichst alle Akteure in dieser Frage zusammenwirken: Die Unternehmen, Hochschulen und Forschung, aber auch die Arbeitsagenturen, Weiterbildungsträger sowie die Betriebsräte. Der Schwerpunkt der Aktivitäten muss in den Regionen liegen. Beispielhaft für eine solche regionale Aktivität sei die Transfor-

mationswerkstatt Saar genannt.¹⁰ Es geht hier um mehr als nur Qualifizierung, sondern um alternative Produkte, Produktionsabläufe, Technologien und neue Geschäftsmodelle. Aber eben auch darum, Beschäftigte für sich verändernde Tätigkeiten und Berufsfelder zu qualifizieren. Von daher wird der Bundesagentur für Arbeit eine neue Rolle als Qualifizierungsagentur zuteil werden müssen. Und für die Umbrüche in der Transformation braucht es ein Transformationsgeld oder Qualifizierungsgeld. Die zukünftige Bundesregierung muss hier liefern, um das Versprechen „Soziale Politik für dich“ einzulösen.

Nicht nur deshalb benötigen wir eine Erneuerung der betrieblichen Mitbestimmung. Das Betriebsverfassungsgesetz in seiner jetzigen Form ist das letzte Mal 1972 grundlegend reformiert worden. Damals benötigte ein Computer noch einen Großraum. Es gab die DDR und dort so genannte „Intershops“, aber kein Internet. Globalisierung war ein Fremdwort. Heute gibt es Industrie 4.0, mobile Arbeit oder „Künstliche Intelligenz“, die Maschinen steuert und die Personalauswahl strukturiert.

Auf diese und andere Herausforderungen sind viele Unternehmen unzureichend oder gar nicht eingestellt. Bei der letzten Beschäftigtenbefragung der IG Metall, an der sich 2020 über 250.000 Beschäftigte aus mehr als 6.700 Betrieben beteiligten, gab rund die Hälfte der Befragten an, dass ihr Unternehmen oder Betrieb aus ihrer Sicht über keine Strategie auf die anstehenden Zukunftsherausforderungen verfügt.¹¹

Oftmals heißt das: Das Unternehmen arbeitet nicht an besseren Prozessen, Produkten oder neuen Geschäftsmodellen, sondern reagiert stumpf mit Personalabbau, Schließung oder Verlagerung von Standorten. Die allgemeine Erfahrung zeigt jedoch: Was einmal an industrieller Fertigung verlorengelht, lässt sich in der Regel nicht wieder zurückholen. Deshalb müssen die Rechte der Beschäftigten sowie der Betriebs- und Aufsichtsräte erweitert werden.

¹⁰ <https://www.igmetall-bezirk-mitte.de/transformation/transformationswerkstatt-saar>

¹¹ Eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse steht unter <https://www.igmetall.de/im-betrieb/beschaeftigtenbefragung-2020>

⁹ IAB-Kurzbericht 13/2021 vom 13. Juli 2021; <http://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-13.pdf>

Die wichtigsten Forderungen für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetzes zielen deshalb darauf, dass Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen die strategische Ausrichtung der Unternehmen und Betriebe mitgestalten können. Unsere zentralen Forderungen dabei sind bei der Betriebsverfassung:

- § 92a BetrVG (Sicherung und Förderung der Beschäftigung) muss zu einem Mitbestimmungsrecht weiterentwickelt werden,
- Mitbestimmungsrecht bei Personalplanung und -bemessung,
- Generelles Mitbestimmungs- und Initiativrecht bei Ein- und Durchführung der betrieblichen Berufsbildung (Zusammenfassung von § 97 Abs. 2 und § 98 BetrVG),
- Der Interessenausgleich nach § 112 BetrVG bei Betriebsänderung muss erzwingbar gemacht werden. Bei Interessenausgleichsverhandlungen bedarf es einer Berücksichtigung auch von überbetrieblichen Aspekten (Wirkung auf regionalen Arbeitsmarkt).

Auch die Unternehmensmitbestimmung muss dringend reformiert werden. Derzeit kann nach dem Mitbestimmungsgesetz der Aufsichtsratsvorsitzende mit seinem Doppelstimmrecht selbst so gravierende Entscheidungen wie die Schließung eines Standorts gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat durchsetzen – so geschehen beim Beschluss zur Schließung des Continental-Reifenwerks in Aachen. Hier brauchen wir bessere Lösungen – etwa wie bei der Montanmitbestimmung oder bei VW.

Des Weiteren müssen Schlupflöcher geschlossen werden, mit denen sich Unternehmen um die Mitbestimmung herumogeln können. Eines davon ist die europäische Aktiengesellschaft. Derzeit ist es möglich, einen kleinen Garagenbetrieb im EU-Ausland zu gründen, der dann mitbestimmungsrechtlich auf ewig so behandelt wird – auch dann, wenn die Beschäftigtenzahl längst über den Schwellenwert gestiegen ist, nach dem ein Aufsichtsrat

mit Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen-Beteiligung gegründet werden müsste.

Wichtige notwendige Änderungen im Mitbestimmungsgesetz sind:

- Die Schwelle für paritätisch mitbestimmte Unternehmen ist auf 1.000 Beschäftigte herabzusetzen,
- Einbau eines Escalator-Prinzips, dass bei Erreichen von Beschäftigtenschwellen in Europäischen Aktiengesellschaften ein Aufsichtsrat gebildet oder auf paritätische Mitbestimmung umgestellt werden muss,
- Abschaffung des Doppelstimmrechts für Aufsichtsratsvorsitzende. Stattdessen Regelungen der Montan-Mitbestimmung oder VW-Gesetz,
- Ausweitung der Mitbestimmung durch ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz auf ausländische Rechtsformen.

Viele dieser Forderungen hat die SPD in ihrem Wahlprogramm bereits aufgegriffen. Die umfassende Reform der Mitbestimmung ist nicht „nice to have“, sondern elementar. Da die Digitalisierung und die Globalisierung immer weiter fortschreiten, wäre ein Stillstand bei der Mitbestimmung in Wirklichkeit ein Rückschritt.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt, der besondere Aufmerksamkeit und großes Engagement sozialdemokratischer Politik erfordert, ist die aktuelle Situation der jungen Generation. Die Ergebnisse einer in diesem Sommer veröffentlichten IG Metall- Jugendstudie „Plan B“ sind – wie auch viele andere Studien und Situationsberichte - erschütternd. Unter über 3.000 befragten Auszubildenden berichtet die Hälfte (50 Prozent) von verschlechterter Motivation, 43 Prozent stellen dies für den Praxisbezug ihrer Ausbildung fest. 53 Prozent gehen davon aus, dass sich durch diese Zeit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern hätten. Und was am dramatischsten ist: 61 Prozent der befragten jungen Leute gaben an, dass sich ihre psychische Gesundheit aufgrund der Veränderungen in der

Zeit der Corona-Pandemie verschlechtert hat.¹² Hier zeigt sich überdeutlich, in welcher unsicheren und herausfordernden Situation sich junge Menschen gerade befinden. Wenn Pläne durch die Pandemie zerstört wurden, müssen neue Pläne her, sonst droht ein Anstieg von Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Erstmals seit der deutschen Einheit ist im Jahr 2020 die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsplätze in Deutschland deutlich unter 500.000 gefallen. Doch nicht nur beruflich, auch persönlich hatte die Pandemie-Zeit erhebliche Folgen für die junge Generation. 61 Prozent der Befragten geben an, dass sich ihre psychische Gesundheit währenddessen verschlechtert habe. Fehlende soziale Kontakte, Ängste und Unsicherheit prägen die jungen Erwachsenen. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine „Generation Corona“ entsteht!

Die DGB-Jugend fordert deshalb eine Ausbildungsgarantie, die mit einem Zukunftsfonds flankiert wird, in den alle Unternehmen einzahlen, um damit Ausbildung zu finanzieren – am besten betrieblich, sonst aber über- oder außerbetrieblich. Dementsprechende Forderungen finden sich auch im Zukunftsprogramm der SPD. Wie bei allen anderen Themen gilt hier: Wichtig ist es, diese Vorstellungen auch in praktische Politik umzusetzen.

Zu den im Bundestagswahlkampf eher vergessenen – aber ebenso wichtigen – Themen gehört die Gleichstellung der Geschlechter. Während der Corona-Pandemie haben Frauen oftmals die Hauptlast zu tragen. Die Soziologin Jutta Allmendinger befürchtet gar „eine Retraditionalisierung der Geschlechterordnung, die uns drei Jahrzehnte zurückwirft“. Diese drastische Einschätzung stützen entsprechende Untersuchungen: einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge haben in Haushalten mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent Männer ihre Arbeitszeit reduziert, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Bei Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen fällt die Diskrepanz noch größer aus.¹³

Was können wir diesem Rollback entgegenstellen? Das Brückenteilzeitgesetz, nach dem Mütter, die vorübergehend die Arbeitszeit reduzieren, später wieder mehr arbeiten können, sollte auch für kleinere Betriebe gelten. Das wäre einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung ebenso förderlich wie eine verbesserte Ganztagsbetreuung für Kinder. Das steuerliche Ehegattensplitting, das Mütter vom Arbeiten abhält, ist ebenfalls längst nicht mehr zeitgemäß. Und Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation weiter häufig schlechter als Männer; da hat sich das Entgelttransparenzgesetz überhaupt nicht bewährt. Deshalb ist ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz vonnöten. Gleichstellungspolitisch ist es auch sinnvoll, Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich zu erklären. Das führt zu geringeren Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen, weil die Unterschiede in tarifgebundenen Betrieben deutlich geringer sind. Auch in diesen Fragen hat die SPD zur Bundestagswahl Versprechungen gemacht, die einer Einlösung bedürfen.

Damit sind zumindest die Grundzüge einer Reformstrategie skizziert, die ökologisch, sozial und demokratisch ist. Es ist notwendig, all diese Reformfelder zusammenzudenken, da sie miteinander verknüpft sind. Ich bin mir sicher, dass wir in der Lage sind, die notwendigen Reformen tatsächlich auf den Weg zu bringen. Das Wahlergebnis liefert Rückenwind dafür. Es gibt eine klare Erwartung, gerade an eine SPD-geführte Bundesregierung, diese Reformvorstellungen tatsächlich in praktische Politik umzusetzen. Es geht um viel. Um nichts weniger als unsere Lebensgrundlagen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ganz in diesem Sinn wird die IG Metall sozialdemokratische Politik kritisch-solidarisch begleiten. Und damit wären wir wieder bei dem Menschen, der – nachdem der Vorhang gefallen ist – im Brechtschen Drama grübelt, „auf welche Weise dem guten Menschen man zu einem guten Ende helfen kann.“ Er empfiehlt dem verehrten Publikum: „Los, such dir selbst den Schluss! Es muss ein guter da sein, muss, muss, muss!“ ■

¹² IG Metall Jugendstudie Plan B – Datenreport; <https://www.igmetall.de/jugend/studie-plan-b>

¹³ Bettina Kohlrausch, Aline Zucco: Corona trifft Frauen doppelt – weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit, WSI Policy Brief Nr. 40, Mai 2020; <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm>